

Sehr stark wertebasierte Volksabstimmung

Bei denjenigen, die sich an der Abstimmung über «Hilfe statt Strafe» beteiligt haben, haben Sachargumente und die persönliche Wertehaltung einen deutlich höheren Stellenwert eingenommen als die Orientierung an der Position des Fürstenhauses.

Von Günther Fritz

Schaan. – Die Empfehlung des Fürstenhauses bei der Volksabstimmung und die angekündigte Sanktionsverweigerung von Erbprinzip Alois haben die Stimmbeteiligung bei der Volksabstimmung über die Fristenregelungsinitiative «Hilfe statt Strafe» negativ beeinflusst, da von vielen ein Umrengang als sinnlos oder nicht mehr notwendig erachtet worden ist. Dies hat potenziell Zustimmende mehr als potenziell Ablehnende betroffen. Das sagte Politologin Wilfried Marxer, Direktorin des Liechtenstein-Instituts, an der gestrigen Medienkonferenz in der «Linde» in Schaan zu den Ergebnissen der im Auftrag der Demokratiebewegung durchgeführten Nachwahlbefragung zu den Motiven und das Stimmverhalten der 500 vom Umfrageinstitut Demoscope konsultierten Stimmberechtigten.

Mehrheit für reine Fristenregelung
Wilfried Marxer geht fest davon aus, dass die Ja-Stimmenden auch einer Vorlage zugestimmt hätten, die die Behindertenfrage ausgeklammert hätte. Dies waren an der Abstimmung 47,7 Prozent aller gültigen Stimmen. 62 Prozent der Ablehnenden gaben gemäss Demoscope-Umfrage an, dass sie einer Fristenlösung zugestimmt hätten, aber Behinderte müssten besser geschützt werden. Ob dies im Falle einer entsprechenden Vorlage tatsächlich zu einem Ja- statt zu einem Nein-Entscheid geführt hätte, bleibe natürlich spekulativ, betonte Wilfried Marxer gestern vor den Medien in Schaan. Die Abstimmungsdebatte hätte vermutlich unter diesen Umständen jedoch andere Schwerpunkte bekommen. Man dürfe aber davon ausgehen, dass ein beträchtlicher Teil der Ablehnenden einer Fristenlösung ohne die Behinderten thematik zugestimmt hätte.

Dilemma senkt Beteiligung
56 Prozent der Nicht-Teilnehmenden haben angegeben, dass sie einer Fristenlösung zugestimmt hätten, aber Behinderte müssten besser geschützt werden. 50 Prozent geben auch an, dass sie der Vorlage nicht zustimmen könnten, sie aber auch nicht ablehnen wollten. Hier wird nach den Ausführungen von Wilfried Marxer also ein Dilemma sichtbar. Auf die Frage, ob sie



Die Fristenregelungsinitiative «Hilfe statt Strafe» war insbesondere wegen der Behindertenfrage umstritten: So nahmen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht an der Abstimmung teil, weil sie der Vorlage weder zustimmen konnten noch sie ablehnen wollten.

Bild Archiv

der an der Abstimmung vorliegenden Vorlage – unter Einschluss der Behinderten thematik – eher zugestimmt hätten oder sie eher abgelehnt hätten, haben 47 Prozent mit «eher zugestimmt», 43 Prozent mit «eher abgelehnt» geantwortet. Von denjenigen, die die Vorlage abgelehnt hätten, haben laut Umfrage wiederum 51 Prozent angegeben, dass sie einer Fristenlösung zugestimmt hätten, aber Behinderte müssten besser geschützt werden. Demgemäss geht Politologin Wilfried Marxer davon aus,

- dass das Dilemma, sich weder für noch gegen die Vorlage entscheiden zu können, ohne die Behindertenfrage deutlich geringer gewesen wäre;
- dass eine Vorlage ohne die Behindertenfrage deutliche Zustimmung bei den Nicht-Teilnehmenden gefunden hätte;
- dass die Abstimmungsbeteiligung, im Ergebnis tendenziell zugunsten der Vorlage, höher gewesen wäre.

Frage der Wertehaltung

Die Abstimmung über die Initiative «Hilfe statt Strafe» war gemäss Umfrageergebnis darüber hinaus eine sehr stark wertebasierte Abstimmung. Faktoren, die bei anderen Abstimmungen teilweise ebenfalls eine Rolle spielen – etwa Parteibindung, Alter, Geschlecht u. a. – spielten laut Wilfried Marxer eine stark untergeordnete oder gar keine Rolle. Die Zustimmung und Ablehnenden haben sich tendenziell in zwei Lager mit folgenden idealtypischen Zügen aufgeteilt: «Die modern und veränderungsfreudig Eingestellten, international orientierten, mit Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen, nicht ausgeprägt Religiösen auf der einen Seite, die traditionell, bewahrend, konservativ Eingestellten, eher Religiösen, dem Schutz des ungeborenen Lebens Verpflichteten andererseits.»

Die Umfrage ist auch der Frage nachgegangen, wer in Liechtenstein

das Sagen hat. 38 Prozent der Befragten erklärten, die Macht liege beim Fürstenhaus, 19 Prozent waren der Ansicht, das Volk habe das letzte Wort. Die restlichen Prozente verteilen sich auf Regierung (14 Prozent), Landtag (11 Prozent), die Wirtschaft (9 Prozent) oder einflussreiche Familien (9 Prozent).

Volksrechte geschwächt

«Die Demokratiebewegung fühlt sich durch die Umfrageergebnisse in der Kritik der Ausgestaltung des Vetorechts bestätigt», sagte Jochen Hadermann, Präsident der Demokratiebewegung, an der gestrigen Medienkonferenz. Wie Karin Jenny, Vorstandsmitglied der Demokratiebewegung, ausführte, seien durch die Intervention des Erbprinzen die unvoreingenommene Sachdiskussion zur Initiative «Hilfe statt Strafe» gestört und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes entscheidend geschwächt worden. Weiter sei der direktdemokratische Akt entwertet worden. «Das direktdemokratische Element ist durch die Sinnlosigkeit der Abstimmung geschwächt worden. Die eigentlich gesetzlich vorgesehene Abstimmungspflicht der Bürgerinnen und Bürger ist zudem torpediert worden», betonte Karin Jenny. Durch die zweite vorzeitige Sanktionsverweigerung gegen die Motion zur Einführung des schweizerischen Fristenregelungsmodells im Landtag sei dieser ebenfalls in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt worden. Die Demokratiebewegung führt am 19. Oktober eine ausserordentliche Mitgliederversammlung durch. Eine Verfassungsinitiative zur Abschaffung des Sanktionsrechtes des Fürsten sei nicht auszuschliessen, sagte Präsident Jochen Hadermann auf eine entsprechende Anfrage des «Vaterlands». Er wolle zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zu keinen diesbezüglichen Spekulationen beitragen. Entscheiden werde die Mitgliederversammlung.

Hauptsächliche Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (geschlossene Fragen, Mehrfachnennungen möglich)

Argument	Prozent Zustimmung
Einer Fristenlösung hätten Sie zugestimmt, aber Behinderte müssten besser geschützt werden	56%
Sie haben der Vorlage nicht zustimmen können, haben sie aber auch nicht ablehnen wollen	50%
Ihre Stimme ist nicht mehr nötig gewesen, weil der Erbprinz die Sanktionsverweigerung angekündigt hat	47%
Sie haben den Abstimmungstermin verpasst/vergessen	41%
Sie sind vom Thema nicht betroffen	37%
Sie haben keine Zeit gehabt	37%
Das ist ein Protest gegen die angekündigte Sanktionsverweigerung des Erbprinzen gewesen	35%
Sie haben den Gegnern der Initiative nicht Ihre Stimme geben wollen	31%
Sie haben den Befürwortern der Initiative nicht Ihre Stimme geben wollen	23%
Sie interessieren sich nicht für das Thema	21%
Die Vorlage ist zu kompliziert gewesen, Sie haben sich nicht entscheiden können	17%
Keine Angabe/verweigert	5%

Hauptsächliche Motive der Zustimmenden für ein Ja zur Vorlage (offene Frage, erste und zweite Nennung kumuliert)

Argument	Prozent aller Nennungen
Selbstbestimmungsrecht der Frauen	46%
Entkriminalisierung	21%
Liechtenstein muss mit der Zeit gehen	14%
Gute Qualität der Vorlage	10%
Reaktion auf Sanktionsverweigerung des Erbprinzen	6%
Kein Export des Problems	6%
Abstimmungskampagne der Befürworter	1%
Empfehlungen von Parteien	<1%
Empfehlungen von Persönlichkeiten	<1%
Andere/Keine Nennung	17%

Hauptsächliche Motive der Ablehnenden für ein Nein zur Vorlage (offene Frage, erste und zweite Nennung kumuliert)

Argument	Prozent Zustimmung
Gegen Tötung von Ungeborenen	27%
Späte Abtreibung möglich	18%
Schlechte Qualität der Vorlage	17%
Für Fristenlösung, aber Behinderte besser schützen	9%
Moralisch-ethische Gründe	5%
Haltung der katholischen Kirche	5%
Verhütung statt Abtreibung	4%
Liechtenstein muss nicht alles mitmachen	1%
Abstimmungsempfehlung des Fürstenhauses	1%
Empfehlung von Persönlichkeiten	1%
Andere/Keine Nennung	31%

Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein? (ohne Weiss nicht/keine Angabe)

	Total	Ja-Stimmende	Nein-Stimmende	Nicht Teilnehmende
Sehr zufrieden	19%	12%	31%	18%
Eher zufrieden	58%	55%	58%	62%
Eher unzufrieden	16%	23%	9%	13%
Sehr unzufrieden	7%	10%	2%	7%
Total	100%	100%	100%	100%

Quelle: Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, Barend